



Bekanntmachung der Gemeinde Lindlar

Grundsätze, Leitlinien und Zuständigkeiten für Vorhaben nach dem Gesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung („Bauturbo“) in Lindlar

Bekanntmachung der Beschlüsse

Der Rat der Gemeinde Lindlar hat am 01.07.2026 folgende Beschlüsse gefasst:

Der Rat

1. beschließt die „Grundsätze und Leitlinien zur Anwendung des „Bauturbo“ in der Gemeinde Lindlar“ zur Anwendung der Verfahrenserleichterungen auf Grundlage des „Gesetzes zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und zur Wohnraumsicherung“ vom 30.10.2025;
2. überträgt die Entscheidung über die Zustimmung der Gemeinde nach § 36a gemäß Punkt 7 der „Grundsätze und Leitlinien zur Anwendung des „Bauturbo“ in der Gemeinde Lindlar“ auf den Bau- und Planungsausschuss sowie die Verwaltung;
3. beauftragt den Bau- und Planungsausschuss sowie die Verwaltung, die in Beschlusspunkt 2 genannte Zustimmung für Vorhaben auf Grundlage von § 31 Absatz 3, § 34 Absatz 3b BauGB in strikter Anwendung der unter Beschlusspunkt zu 1 genannten Grundsätze und Leitlinien zu erklären;
4. beauftragt die Verwaltung regelmäßige Kurzinformationen im Bau- und Planungsausschuss über die Fälle in der Zuständigkeit der Verwaltung im nicht öffentlichen Teil zu geben sowie zunächst im 4. Quartal 2026 über die bis dahin gesammelten Erfahrungen zu berichten, diese kritisch zu bewerten und, falls erforderlich, Anpassungen an den Grundsätzen und Leitlinien vorzuschlagen.

Die vorstehenden Beschlüsse werden hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die Grundsätze, Leitlinien und Zuständigkeiten beim sogenannten „Bauturbo“ können auf der Homepage der Gemeinde Lindlar unter folgendem Link eingesehen werden: <https://www.lindlar.de/buergerinfo-und-service/bauen-und-wohnen/bauen.html>.

Der Gestaltungsleitfaden liegt zusätzlich im Rathaus der Gemeinde Lindlar, Borromäusstraße 1, **Fachbereich Bauen, Planen und Umweltschutz** (2. Obergeschoss), zur allgemeinen Einsicht zu folgenden Zeiten öffentlich aus:
Derzeit sind die allgemeinen Dienststunden des Rathauses:

Montag bis Freitag: 8:30 Uhr–12:00 Uhr und
Montag: 14:00 Uhr–18:00 Uhr (zusätzlich).

Eine vorangehende telefonische Anfrage oder Terminvereinbarung wird empfohlen: Auskünfte und Erläuterungen erhalten Sie im Fachbereich Bauen, Planen und Umwelt, z. B. bei Frau Mirgeler im Zimmer Nr. 219, Tel. 02266 / 96-0 – Zentrale – (oder z. B. Durchwahl -322), oder per E-Mail: planauskunft@lindlar.de.

Diese Bekanntmachung ist auch auf der Homepage der Gemeinde Lindlar unter www.lindlar.de (Rubrik: Politik und Verwaltung) einsehbar.

Datenschutz: Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt auf der Grundlage der Art. 6 Abs. 1 Buchst. e (DSGVO) i. V. mit § 3 BauGB und dem DSG NRW.

Weitere Informationen sind der Datenschutzerklärung (<https://www.lindlar.de/datenschutz.html>) zu entnehmen.

Hinweise:

Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) vom 14.07.1994 (GV NW S. 666), in der zuletzt gültigen Fassung:

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) gemäß § 7 Abs. 6 GO NRW in der aktuellen Fassung beim Zustandekommen der Satzung, sonstige ortsrechtlicher Bestimmungen oder Flächennutzungspläne nach Ablauf von 6 Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Ausfertigungsklausel und Bekanntmachungsanordnung

Gemäß § 2 Absatz 3 der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (Bekanntmachungsverordnung – BekanntmVO) vom 26.08.1999 (GV. NRW. S. 516), zuletzt geändert durch Verordnung vom 05.11.2015 (GV. NRW. S. 741), wird hiermit durch den Bürgermeister bestätigt, dass der oben zitierte Beschluss mit dem Wortlaut des Beschlusses des Gemeinderates vom 01.07.2026 übereinstimmt.

Hiermit wird durch den Bürgermeister zudem bestätigt, dass gemäß § 2 Abs. 1 und 2 BekanntmVO verfahren worden ist.

Gemäß § 2 Absatz 3 der BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet und öffentlich bekannt gemacht.

Lindlar, den 09.07.2026



Sven Engelman

Bürgermeister



aufgehängt am:

abgehängt am:

bestätigt